

Informationsveranstaltung zur Güterbahnnumfahung Anfang 2011

Bürgermeister formulieren starke Vorbehalte gegen Trassenplanungen



Bürgermeisterrunde v.l.: Arpad Bogya, Isernhagen, Tjark Bartels, Wedemark, Dr. Hendrik Hoppenstedt, Burgwedel, Alfred Baxmann, Burgdorf, Jutta Voss, Lehrte. Foto: Hans Hermann Schröder

BURGWEDEL/ISERNHAGEN (hhs). Gestern stellten die Bürgermeister der Kommunen Burgdorf, Burgwedel und Lehrte sowie der Gemeinden Isernhagen und Wedemark die Ergebnisse des Gespräches vor, das sie auf Initiative der Bundestagsabgeordneten Dr. Maria Flachsbarth, CDU, zum Thema Anschluss der Y-Trasse nach Lehrte mit dem Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Enak Ferlemann, CDU, einem Vertreter der DB-Netz und einer Referatsleiterin aus dem Bundesverkehrsministerium führten. Beim Gespräch in Berlin anwesend auch die Bundestagsabgeordneten Caren Marks und Dr. Matthias Miersch, beide SPD.

Burgwedels Bürgermeister Dr. Hendrik Hoppenstedt fasste zunächst die Hauptpunkte zusammen: Der Staatssekretär habe ausgeführt, nach Meinung des Bundes sei die Trasse notwendig zur Regelung des Hafenhinterlandverkehrs und gleichzeitiger Steigerung des Güterverkehrs. Das Ministerium beabsichtige, bestehende Strecken zu „ertüchtigen“, neue Strecken durch private Anbieter wie die Osthannoversche Eisenbahn bauen zu lassen und weiteres in so genannten Wachstumsprogramm DB-

Netz zu regeln. Dass alles aber reiche nicht aus, woraus die Notwendigkeit der Y-Trasse sich ableite. Die Finanzierung geschehe durch Bund, Bahn und Länder. Für die ursprüngliche Y-Trasse bestehe das Raumordnungsprogramm, 2011 werde das Land Niedersachsen das Raumordnungsprogramm für die von der Abzweigung der Trasse nach Lehrte s Raumordnungsprogramm anschieben. Er in diesem Verfahren werden Korridore für diese Verbindungen dargestellt. Für das erste Quartal 2011 wurde eine öffentliche Informationsveranstaltung zugesagt.

Zufrieden war keiner der Bürgermeister mit diesem Ergebnis. Burgdorfs Bürgermeister Alfred Baxmann, SPD, sagte, der Informationsgehalt dieses Gesprächs gehe gegen Null. „Wir haben nichts Neues erfahren“. Würde die Güterbahnnumfahung Burgdorf durchfahren, käme das dem Supergau gleich. „Wir könnten unsere Stadtentwicklungsplanung in die Tonne treten“, erläuterte Baxmann die Folgen. „...und müssten deutliche Abstriche an der Lebensqualität hinnehmen“. Burgwedels Bürgermeister Dr. Hendrik Hoppenstedt hatte offenbar auch

mehr von dem Gespräch erwartet. „Die Bahn muss über das normale Verfahren nach Recht und Gesetz hinaus informieren. Wir haben deutlich gemacht, dass unsere Einwohner Angst haben. Das Gespräch war an sich ein Erfolg, weil wir so die Tür zur Bahn öffnen konnten“.

Isernhagens Bürgermeister Arpad Bogya erklärte, dass das Land Niedersachsen nun wichtigster Planungspartner der betroffenen Kommunen sei. „Bund und Land müssen uns besser einbinden“, sagte er. „Sie sollten Stuttgart 21 als Lernort verstehen“.

Unterdessen bezogen auch die Bundestagsabgeordneten zu dem Treffen Stellung. Dr. Maria Flachsbarth sprach von einem konstruktiven Gespräch. Auch wenn nicht alle Unstimmigkeiten ausgeräumt seien, freue sie sich darüber, dass man miteinander ins Gespräch gekommen sei. Caren Marks und Matthias Miersch schätzten das etwas anders ein. „Wir erwarten, dass alle Fakten offen und ehrlich auf den Tisch gelegt und auch Alternativen zur Y-Trasse sowie zur Güterverkehrsnumfahung ernsthaft geprüft werden“. Nur so könne eine Akzeptanz derartiger Planungen erreicht werden.